

Stadt und zur Unterstützung kinderreicher Familien beim Erwerb von Wohneigentum durch die Göttinger milde Stiftung“ oder die Neufassung der Entgeltordnung für Kindertagesstätten in Göttingen.

Ortsrat

Weende/Deppoldshausen

pdg – Am **Donnerstag, 17. Mai**, kommt der Ortsrat Weende/Deppoldshausen zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Ab 19.30 Uhr geht es im Thiehaus Weende, Breite Straße 17, unter anderem um den Bebauungsplan zum Wohnpark Junkernberg oder das Bürgerfest zur Einweihung des neuen Weender Freibades.

Aus der Antwort auf die Anfrage der Göttinger Linken ergibt sich weiterhin, dass die EAM in den letzten Jahren insbesondere in Südniedersachsen etliche Netzteile abgeben musste – auch diese Entwicklung wurde zum Verkaufszeitpunkt nicht ausreichend benannt. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass das Sparprogramm der EAM zur wirtschaftlichen Stabilität beiträgt und die jährliche Ausschüttung der EAM an die GÖSF nicht gefährdet ist. Nach Ansicht der Linken sei es jedoch eindeutig, dass der vor vier Jahren an die E.ON gezahlte Kaufpreis deutlich zu hoch war: „Den Preis dafür zahlen nun, genau wie in der sogenannten freien Wirtschaft, wieder einmal die Beschäftigten und möglicherweise die Bürger/innen der beteiligten Kommunen.“

Auch die Göttinger Linke hatte 2013 für den Erwerb der EAM-Anteile gestimmt und räumt dies heute als Fehler ein. „Für uns Feierabendpolitiker war es jedoch nicht möglich einzuschätzen, was ein realistischer Kaufpreis gewesen wäre.“ Einen Nutzen für die Bürger/innen der Stadt oder der anderer Kommunen könne man nunmehr nicht erkennen, im Gegenteil drohe im schlimmsten Fall eine Haftung der Stadt für aufgenommenen Kredite.

Lärmschutz

CDU gegen Tempo 30 in Reinhäuser Landstraße „Pflicht zur zügigen und verträglichen Abwicklung des Verkehrs“

Während sich die CDU-Ratsfraktion jahrelang für mehr Lärmschutz am Holtenser Berg engagiert hat, lässt sie dieses Engagement den Anwohnern der Reinhäuser Landstraße gegenüber vermissen. Dort ist ihr die „zügige und verträgliche Abwicklung“ des, wie sie selbst einäunt, „unstrittig zunehmenden Verkehrs“ wichtiger als die Gesundheit der dort wohnenden Bevölkerung. Und sie sieht auch die Verwaltung in der Pflicht, der selbst attestierten Verkehrszunahme keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen.

Das war nicht immer so. Vor vielen Jahren gingen CDUler sogar auf die Straße, um gemeinsam mit Gleichgesinnten für eine Reduzierung des Verkehrs, für weniger Lärm und für saubere Luft in der Reinhäuser zu mobilisieren. Wobei allerdings nicht so ganz auseinander zu halten war, ob es mehr um diese Anliegen ging oder eher darum, Pendler und Besucher schneller und bequemer zu ihrer Arbeitsstätte oder zum Einkaufen nach Grone zu bringen. Denn eine Schneise quer durch noch halbwegs intakte Natur im Göttinger Süden hätte natürlich auch eine Entlastung für die Südstadt gebracht, doch vor allem auch mehr Bequemlichkeit für autoverliebte Individualisten und insbesondere eine unwiderbringlich zerstörte Landschaft, von der Göttingen immer weniger besitzt. Das war einer Mehrheit der Göttinger dann doch zu viel Kurzsichtigkeit.

Die scheint immer noch nicht ganz ausgeräumt. Aktuell kritisiert die CDU-Ratsfraktion Gedankenspiele der rot-grünen Ratsmehrheit, die Reinhäuser Landstraße über einen Pilotversuch des Landes auch tagsüber auf Tempo 30



Als kritische Lärmquelle schon im Lärmaktionsplan von 2013 erkannt: die Reinhäuser Landstraße (Nr. 25 u. Nr. 10) Stadt Göttingen / LK Argus

verschiedener Akteure in der Region gestärkt. Unternehmen werden für den fairen Handel sensibilisiert. Ein faires Beschaffungswesen, also die Verbreitung des Einkaufs fair gehandelter Produkte in den Kommunalverwaltungen anzustoßen ist ein weiteres wichtiges Ziel. Hier dient der Koordinator Joachim Berchtold den Verwaltungen als Ansprechpartner.

Als weiterer Projektschwerpunkt sollen bestehende Partnerschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern (die Stadt pflegt enge Beziehungen zur Stadt La Paz Centro in Nicaragua, der Landkreis eine offizielle Partnerschaft mit San Juan Comalapa in Guatemala) intensiviert werden und nach Möglichkeit konkrete Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit entstehen.

→www.fairtrade-regiongoettingen.de

Martin-Luther-King-Schule

Piraten+Partei für Bestandsschutz

Die Piraten+Partei-Ratsgruppe spricht sich für den Bestandsschutz der Martin-Luther-King-Schule aus und unterstützt einen entsprechenden Antrag der Schulen an Schuldezernent Lieske. Durch die aktuelle Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes durch den Landtag liegt die Entscheidung über den Fortbestand von Förderschulen bis zum Schuljahr 2017/2018 bei den Kommunen. Grundsätzlich distanziert sich die Ratsgruppe aber von pauschalen Befürwortungen von Förderschulen und bevorzugt klar die Inklusion als ein zu erreichendes Ziel.

Allerdings seien die bislang geschaffenen Strukturen mangelhaft und ließen Fragen offen, ob und vor allem wie gut SchülerInnen mit Förderbedarf, die bisher die Martin-Luther-King-Schule besuchen, in andere System eingebunden werden könnten, wenn die Alternative der Förderschule gänzlich wegfällt, heißt es in einer Mitteilung der Gruppe. Vor allem die ausreichende Ausstattung der inklusiven Schulen mit Personal in Form von Förderschullehrer/innen, Fachschullehrer/innen und Sozialpädagogen/innen zweifelt die Ratsgruppe stark an. Für die Ratsgruppe ist bislang unklar, wie genau der Wegfall der Martin-Luther-King-Schule kompensiert werden soll. Laut Antrag der Schulleitung seien die Schülerzahlen an der MLK konstant, obwohl in jedem Schuljahr, bedingt durch die geplante Auflösung, ein Jahrgang wegfiel. Viele Neuanmeldungen erfolgten von Eltern, deren Kinder vorher ein größeres System besucht hatten und mit den derzeitigen inklusiven Rahmenbedingungen an anderen Schulen nicht zurechtkamen. Dies sei ein deutliches Indiz für einen weiterhin nötigen Handlungsbedarf.

Spät hat sich jetzt auch die FDP-Stadtratsfraktion in die Debatte eingeschaltet. Die Schule müsse mindestens bis 2028 erhalten bleiben. Die Inklusion brauche mehr Zeit, weshalb die Förderschule Lernen unverzichtbar sei. Darauf habe die FDP schon zu Beginn des Jahres hingewiesen, heißt es in einer Mitteilung.

